Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8499**

14. Wahlperiode 13. 03. 2002

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Maritta Böttcher und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/8306 –

Förderung grenzüberschreitender Bildungsprojekte im Dreiländereck zur Republik Polen (Euro-Region Neiße)

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Entwicklung der Euro-Region Neiße zu einem euroregionalen Interessenverband bedarf vielfältiger regionaler grenzüberschreitender Projekte der jeweiligen Gebietskörperschaften auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Diesem Ziel dienen u. a. Konzepte zu binationalen Bildungsprojekten mit der Tschechischen Republik bzw. der Republik Polen. Die Überwindung von Grenz-Barrieren über das Erlernen von Sprache und Kultur im Kindesalter ist eine einfache wie wirkungsvolle Methode zur Ausprägung gegenseitiger Akzeptanz und Toleranz. Sie dient damit der langfristigen Integration der osteuropäischen Nachbarn in einem vereinten Europa.

Ein solches Projekt stellt der Modellversuch einer zweisprachigen deutsch-polnischen Begegnungsschule in Zodel, Gemeinde Neißeaue (Niederschlesischer Oberlausitzkreis), mit der polnischen Partnerkommune Piensk dar. Dem Antrag auf Durchführung des Schulversuchs wurde durch das sächsische Kultusministerium nicht stattgegeben. Offizielle Reaktionen der polnischen Seite stehen noch aus. Nach Presseberichten der Lokalzeitungen waren die polnischen Partner vom Zustandekommen des Projekts fest überzeugt, 14 polnische Kinder wollten bis zum jetzigen Zeitpunkt in Zodel lernen. Für die Bezahlung polnischer Lehrkräfte gab es konkrete Vorschläge. In der erst im Januar vom Kreistag des Niederschlesischen Oberlausitzkreises verabschiedeten Schulnetzplanung bis 2006 ist die Zodeler Mittelschule als zweisprachige Projektschule ausgewiesen. Gemeindevertreter, Eltern, Lehrer und Schüler werden in den kommenden Wochen mit Protestaktionen gegen die Antragsablehnung und mit Gesprächen im Sächsischen Staatsministerium für Kultus für ihr Modellprojekt verstärkt werben. Sie werden dabei vom Landkreis unterstützt.

Weitere grenzüberschreitende Schulprojekte, wie sie u. a. für die Stadt Bad Muskau im Niederschlesischen Oberlausitzkreis angedacht sind, scheinen nach diesen Erfahrungen wenig realistisch. Das demotiviert engagierte kommunale Vertreter, Eltern und Lehrer, durch Eigeninitiative und Kreativität das europäische Zusammenwachsen aktiv zu gestalten und also die jetzige Randlage der Region an der EU-Außengrenze als Chance, als kulturelle Bereicherung für sich und ihre Kinder zu begreifen.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 8. März 2002 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Die kultur- und bildungspolitische Entwicklung der Euro-Region braucht jedoch solche neuen Impulse für ihre eigene Zukunftsfähigkeit.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Reaktionen der polnischen Regierung auf die ablehnende Haltung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zum Projekt einer zweisprachigen deutsch-polnischen Begegnungsschule in Zodel, Gemeinde Neißeaue (Niederschlesischer Oberlausitzkreis)?

Der Bundesregierung liegen keinerlei Erkenntnisse über die Reaktion der polnischen Regierung auf die ablehnende Haltung des sächsischen Kultusministeriums zum Projekt einer zweisprachigen deutsch-polnischen Begegnungsschule in Zodel, Gemeinde Neißeaue vor. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Schulbereich liegt im Zuständigkeitsbereich der Länder, hier des Freistaates Sachsen.

2. Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeiten und Potentiale grenzüberschreitender Bildungsprojekte für die deutsch-polnischen Bemühungen zum verstärkten Ausbau wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Kontakte in Vorbereitung der Grenzregionen auf die bevorstehende EU-Osterweiterung?

Die Bundesregierung unterstützt nachhaltig die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Bildungsbereich, insbes. im Bereich der beruflichen Bildung. Die EU-Bildungsprogramme SOKRATES und LEONARDO DA VINCI leisten durch die Teilnahme der Beitrittskandidaten schon jetzt einen wichtigen Beitrag bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt. Primäres Ziel der EU-Bildungsprogramme ist die Förderung der Mobilität, die Entwicklung innovativer Kooperationsmodelle und der Informationsaustausch. In beiden Programmen besteht eine starke Kooperation mit Deutschland auf den Gebieten der beruflichen Erstausbildung und der Weiterbildung mit den MOE-Staaten, insbes. mit Polen. Neben den EU-Bildungsprogrammen hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2001 neue Austauschmaßnahmen mit Polen und Tschechien entwickelt, insbes. im praktischen Bereich der Berufsbildungszusammenarbeit durch Betriebspraktika, grenzüberschreitender Ausbildungspartnerschaften und Netzwerke. Ziel ist es, die Europa-bezogene Zusammenarbeit mit diesen Ländern zu stärken. Im vergangenen Jahr sind erste ESF-kofinanzierte Austauschprojekte im Bereich der beruflichen Erstausbildung mit Polen und Tschechien gestartet worden. Diese Projekte werden in 2002 und in den kommenden Jahren verstärkt fortgeführt.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass das BMBF zur Unterstützung der EU-Osterweiterung in den Bereichen Bildung und Forschung aus dem Internationalen Titel des BMBF im Jahre 2001 für die assoziierten Staaten insgesamt 9 276 Mio. DM bereitgestellt hat. Für das Jahr 2002 wird sich eine ähnliche Größenordnung ergeben.

3. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Initiativen von Kommunen und Elterninitiativen vor Ort, wie sie mit dem Zodeler grenzüberschreitenden Schulmodell beschritten werden sollten, im Interesse der kulturellen und bildungspolitischen Kontakte zur Republik Polen durch eigene Bemühungen zu fördern?

Die Bundesregierung begrüßt Initiativen, die die bildungspolitischen Kontakte zwischen Deutschland und Polen verstärken. Von Seiten des BMBF können dabei Projekte im Bereich der Berufsbildungszusammenarbeit gefördert werden.

4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Erfahrungen aus anderen Grenzregionen, die für grenzüberschreitende Schulprojekte in der Euro-Region Neiße genutzt werden könnten?

Wie bereits erwähnt, fällt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Schulbereich in die Zuständigkeit der Länder. Insofern liegen der Bundesregierung auch keine umfassenden Erfahrungen aus anderen Grenzregionen für den Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei Schulprojekten vor. Soweit grenzüberschreitende Berufsbildungszusammenarbeit auch zwischen Berufsschulen und Betrieben angesprochen ist, kann die Bundesregierung hier Erfahrungen mit ihren westlichen Nachbarstaaten (insbes. mit den Niederlanden und Frankreich) sowie mit Österreich einbringen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333